



AGA-Report Nr. 4 / 2008



Das Band der Generationen: Zukunft für die Jungen – Sicherheit für die Alten

| | |
|--|------------------------|
| Interview mit Hans-Jürgen Urban | 1 |
| Die Auseinandersetzungen gehen weiter Über die künftigen Aufgaben der Gewerkschaften in der Sozialpolitik | 3 |
| Schrei nach sozialer Gerechtigkeit Düsseldorf/Neuss: Bereits zum vierten Mal organisieren Rentner ihren Protest | 5 |
| Für Alt für Jung für Alle Augsburg: Enge Bande zwischen den Generationen | 6 |
| Was bekommen Rentner wirklich? Metallerinnen und Metaller legen ihre Lage offen | 7 |
| Erwerbslos heißt noch lange nicht wehrlos! Bremen: Was einer von uns alles mitmachte und wie er sich für andere einsetzt | 8 |
| Unsere Themen auf dem Gewerkschaftstag Ein Überblick über die zentralen Fragen und den Umgang mit AGA-Anträgen | 10 |
| Der AGA-Report 2008 – ein neues Konzept Ein gemeinschaftliches Produkt von ehrenamtlichen Redakteuren aus den Bezirken | 12 |
| Zu lebenshungrig, um nichts zu tun Braunschweig: Zehn Jahre Kreativ-Club der IG Metall-Senioren | 13 |
| Wichtig ist auch, selbst noch zu lernen Hannover: Ein breit gefächertes Programm macht vielseitige Beteiligung möglich | 14 |
| Wir lassen die Menschen nicht allein Heidelberg: Die Beratungsstelle Arbeitslosigkeit vermittelt auch neue Jobs | 15 |
| Die meisten Probleme gibt es beim ALG II Freiburg: Ein ehrenamtlicher Sozialberater gibt Auskunft über seine Arbeit | 16 |
| Wir müssen auf die Jungen zugehen! Zwischenruf eines engagierten Rentners aus Mannheim | 17 |
| „Hier meldet sich deine Gewerkschaft – die IG Metall“ Zwickau: Ein erfolgreiches Beispiel für Mitgliederbindung durch AGA-Mitgliederarbeit Berlin: Aktiv gegen Zwangsverrentung | 18 19 |
| In Wohnbereichen fest verankert Bautzen: IGM-Vertrauensleute sind auch Versichertenälteste der Rentenanstalt Cottbus: Aufklärung über soziale Ungerechtigkeit mit ungewöhnlichen Aktionen | 20 |

Interview mit Hans-Jürgen Urban

Hans-Jürgen Urban, geboren am 3. Juli 1961 in Neuwied, ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall seit November 2007. Er ist zuständig für die Funktionsbereiche Sozialpolitik, Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung und die Stabsstelle „Soziale Bewegungen“.

AGA-Report:

Hans-Jürgen, wie war dein gewerkschaftlicher Werdegang?

Hans-Jürgen Urban:

Ich habe vor und während meines Studiums in Neuwieder Metallbetrieben gearbeitet um mein Studium zu finanzieren. In dieser Zeit trat ich der IG Metall bei und war seitdem auf verschiedenen Ebenen ehren- und hauptamtlich aktiv.



Hans-Jürgen Urban

AGA-Report:

Nach deiner Tätigkeit in der Verwaltungsstelle Gießen und in der Bezirksleitung Frankfurt kam der Wechsel in die Abteilung Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall. Welche Herausforderungen warteten dort auf dich?

Hans-Jürgen Urban:

Ich musste mich möglichst flott in die Geheimnisse des Arbeits- und Sozialrechts, der Rentenpolitik, der Gesundheitspolitik, der Arbeitsmarktpolitik und des Arbeits- und Gesundheitsschutzes einarbeiten.

AGA-Report:

Welche Anforderungen müssen wir Metallerinnen und Metaller bewältigen?

Hans-Jürgen Urban:

Als Interessenvertretung von Beschäftigten und Arbeitslosen müssen wir immer wieder den Mut haben, uns gegen den neoliberalen Mainstream zu stellen. Schon deshalb werden wir nicht von allen Seiten Zustimmung erfahren. Wir müssen uns um allgemeine fachliche Anerkennung bemühen. Und, wer für die IG Metall unterwegs ist, muss Konzepte haben, die fachlich belastbar sind. Sie müssen solidarische Problemlösungen aufzeigen und den Kolleginnen und Kollegen vermittelbar sein.

AGA-Report:

Nach dem Gewerkschaftstag 2003 hat dich Jürgen Peters zum Leiter der Grundsatzabteilung berufen. Was war deine Aufgabe?

Hans-Jürgen Urban:

Meine Aufgabe war es, dem Vorsitzenden und dem Vorstand in Fragen der Gesellschaftspolitik und der strategischen Planung zuzuarbeiten. Es war die Mitarbeit an einer Reihe von Projekten, denen ich hoffentlich Impulse geben konnte. Zum Beispiel bei der Kampagne „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“, beim Arbeitnehmerbegehren der IG Metall und bei der Kampagne gegen die Rente mit 67.



Hans-Jürgen Urban – aktiv gegen die Rente mit 67

AGA-Report:

Wir wissen, dass dir die Sozialpolitik am Herzen liegt. Worauf ist das zurück zu führen?

Hans-Jürgen Urban:

Das beruht auf meiner Grundüberzeugung. Die lautet: Der Kampf um die Zukunft des Sozialstaates ist der Kampf um die Zukunft unseres Gemeinwesens! Er ist und bleibt unverzichtbare Institution zur Humanisierung und Demokratisierung unserer Gesellschaft. Einer kapitalistischen Gesellschaft, die aus sich heraus nicht human und nicht demokratisch ist. Deshalb ist es wichtig, für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Sozialstaates zu kämpfen.

AGA-Report:

Die politischen Entscheidungen der Regierungen in den letzten zwanzig Jahren in der Sozialpolitik waren geprägt von Leistungskürzungen, Entlastung für die Arbeitgeber, mehr Zuzahlung für uns und weitgehender Privilegenschutz für die Privatversicherten sowie Einschnitte bei den Renten. Welche Forderungen hat die IG Metall?

Hans-Jürgen Urban:

Wir befinden uns in einer Phase der Transformation des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus hin zu einem durch die Finanzmärkte getriebenen Kapitalismus. Die Politik flankiert diesen Prozess. Ausdruck dieser Politik sind die Agenda 2010 und die Rente mit 67. Diese Politik durchzieht alle Felder der Sozialpolitik. Und wir müssen in allen Fel-

dern Alternativen aufzeigen. Zum Beispiel bei der Alterssicherung: Die IG Metall hat hier die Initiative „Für einen neuen Generationenvertrag“ gestartet und ein Fünf-Punkte-Programm vorgelegt:

Wir wollen eine solidarische Erwerbstätigenversicherung, d.h. die schrittweise Einbeziehung von Selbstständigen, Freiberuflern, Parlamentariern und Beamten. Wir wollen Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung, die verbindliche Einführung von Betriebsrenten und flexible Aufstiegsmöglichkeiten statt Rente mit 67. Und wir streiten für eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, denn das ist auch eine Grundlage dafür, dass es im Alter wieder eine anständige Versorgung gibt.

Alternativen benötigen wir auch in den anderen Feldern der Sozialpolitik. Ich nenne nur stichwortartig unsere Forderung, eine Bürgerversicherung einzuführen und unsere Forderung nach Mindestlöhnen.

AGA-Report:

Das sind sozialpolitische Ziele der IG Metall. Welche Ziele hast du für den Bereich der Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit?

Hans-Jürgen Urban:

Für die AGA-Arbeit der nächsten beiden Jahre sehe ich folgende Schwerpunkte:

Wir haben sehr hohe Mitgliederverluste bei unseren erwerbslosen Mitgliedern. Sicher, darunter sind auch viele Wechsler: einige werden in der Zeit der Erwerbslosigkeit Rentner und einige finden wieder Arbeit. Dennoch sind die Austrittszahlen bei den Erwerbslosen proportional höher als bei allen anderen Mitgliedern. Das kann so nicht bleiben. Deshalb müssen wir die Aktivitäten zur Mitgliederbindung bei Erwerbslosen verstärken.

Aus dem Bereich der Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit kann zudem einiges für die Unterstützung der Initiative „Für einen neuen Generationenvertrag“ getan werden. Die Kolleginnen und Kollegen verfügen oftmals über die notwendige Zeit, sie haben viel Erfahrung in der Gewerkschaftsarbeit und vor allem haben sie Freude an der Arbeit. Das sollten wir gemeinsam nutzen.

Die Auseinandersetzungen gehen weiter!

Über die künftigen Aufgaben der Gewerkschaften in der Sozialpolitik

Große Teile der Bevölkerung sind unzufrieden: Die Schere zwischen „Arm“ und „Reich“ öffnet sich immer weiter, viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen Reallohnverluste hinnehmen und die sozialen Sicherungssysteme leisten nicht mehr das, was sie müssten: Die Sicherung des Lebensstandards und Vermeidung von Armut im Alter sind für viele nicht mehr gewährleistet. Die Beschäftigten müssen die gesundheitliche Versorgung immer mehr selbst finanzieren. Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik zeitigt Hartz IV seine negativen Wirkungen. Über 20 % der Menschen in Deutschland arbeiten zu Niedriglöhnen.



Metallerinnen und Metaller in Düsseldorf mobilisieren für den Generationenvertrag

Dies alles ist auch auf die Politik zurückzuführen: Eine Politik, die den Wechsel von einem sozialstaatlich regulierten Kapitalismus hin zu einem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus flankiert. Rente mit 67, Hartz IV und Zwei-Klassen-Medizin sind ihr Ausdruck.

Gewerkschaften stehen vor der Anforderung, dem etwas entgegen zu setzen. Für eine sozialstaatliche Politik, die die Ergebnisse marktwirtschaftlichen Handelns eindämmt und mehr Solidarität bewirkt.

Deshalb hat die IG Metall eine Initiative „Neuer Generationenvertrag“ aufgelegt. Hier geht es im ersten Schritt darum, innerhalb der IG Metall und in der Öffentlichkeit die Probleme der Alterssicherung zu diskutieren und Alternativen zu Privatisierung und Leistungsabbau aufzuzeigen. In der öffentlichen Debatte wird versucht, die Generationen gegeneinander auszuspielen und die öffentliche Alterssicherung den Kapitalmärkten zu überantworten. Hier wird die IG Metall gegenhalten: Mit einem Konzept, das die drei Säulen angemessen verbindet und die umlagefinanzierte Rentenversicherung stärkt.

Dabei geht es nicht einfach darum, die bisherigen Alterssicherungssysteme zu erhalten, sondern um ihre grundlegende Erneuerung. Die Sicherungssysteme müssen so ausgestaltet werden, dass der Lebensstandard auch weiterhin erhalten und Armut vermieden werden kann.

Klar ist, dass eine solche Politik der IG Metall sich gegen die Privatisierung der Alterssicherung richten muss. Dieser Maßstab gilt übrigens für alle Bereiche der Sozialpolitik.

Auch in der Arbeitsmarktpolitik muss ein Kurswechsel eingeleitet werden. Hartz IV zielt auf einen flexibilisierten Kapitalismus, in dem die Ware Arbeitskraft beliebig verfügbar wird und „billig wie Dreck“ ist. Die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für Ältere (z. T. zwischenzeitlich zurückgenommen), die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen und die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe dienen diesem Ziel. Die Ergebnisse dieser Politik sind entsprechend.



Trotz ausgesetztem Rentendämpfungsfaktor nur 1,1 % Rentenerhöhung

Auch hierzu hat die IG Metall Alternativen. Die Zumutbarkeitsregelungen müssen vor Lohndumping schützen statt es zu befördern. Zudem müssen die Regelsätze drastisch erhöht werden. Nach schon über zwei Jahre alten Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes müsste der Regelsatz mindestens bei 420 Euro liegen.

In der Gesundheitspolitik betreibt die Bundesregierung ebenfalls die falsche Politik: Zwei-Klassen-Medizin und Wettbewerbsorientierung sind die Stichworte. Im Ergebnis werden immer höhere Zuzahlungen verlangt und der Leistungskatalog wird eingeschränkt.

Auch die neueste Gesundheitsreform ist für die Betroffenen hoch problematisch. Kommt der systematisch unterfinanzierte Gesundheitsfonds, muss ein großer Teil der Versicherten Zusatzbeiträge zur Finanzierung der Krankenversicherung erbringen. Damit wird die Umverteilung von Unten nach Oben weiter vorangetrieben. Gleichzeitig werden die Strukturen der privaten Krankenversicherung immer stärker in das gesetzliche Gesundheitssystem eingebettet. Auch hier wird die IG Metall konkrete Alternativen für eine solidarische Gesundheitspolitik benennen. Es geht um Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau für die gesamte Bevöl-

kerung, finanziert zu angemessenen Preisen und aufgebracht durch paritätisch erhobene Beiträge.

Die Vorstellungen der IG Metall sind klar: Wir wollen eine Erneuerung des gesamten Sozialsystems. Eine Bürgerversicherung bei Gesundheit und Pflege, eine Erwerbstätigenversicherung für die Alterssicherung und aktive statt aktivierende Arbeitsmarktpolitik.

Offensichtlich ist allerdings, dass es nicht reicht, die besseren Konzepte zu haben. Man muss diese auch durchsetzen. Die Bundestagswahlen müssen hierfür genutzt werden. Im Umfeld von Wahlen herrscht eine politisierte Stimmung. Diese Stimmung werden wir aufgreifen, um unsere Konzepte zur Debatte zu stellen und damit den Wahlkampf zu beeinflussen. Uns kommt es dabei auch darauf an, wie der zukünftige Bundestag zusammengesetzt ist und es geht darum, dass unsere Konzepte stärker in der Bevölkerung verankert werden. Es geht also um einen Meinungsumschwung, den wir bewerkstelligen müssen. Unzufriedenheit mit der aktuellen Regierungspolitik ist da, doch die gesellschaftliche Verankerung unserer Alternativen muss noch besser werden. Wir haben also noch einiges zu tun!
Axel Gerntke, Leiter des Ressorts Allgemeine Sozialpolitik

Schrei nach sozialer Gerechtigkeit

Düsseldorf/Neuss: Bereits zum vierten Mal organisieren Rentner ihren Protest

**„Wir sind hier, wir sind laut, weil IHR uns die Rente klaut!“.
Dieser Ruf soll den Politikern als unüberhörbares Signal
gegen jedwede Abzockerei in den Ohren schallen.**

Unter dem Motto „Schrei nach sozialer Gerechtigkeit!“ demonstrierten am 20. Mai 2008 rund 700 Senioren in Düsseldorf gegen Altersarmut, Sozialabbau & Rentenklau. An dem Protest beteiligten sich auch starke Abordnungen aus umliegenden IGM-Seniorenkreisen. Dies war seit 2006 die vierte Rentner-Protestaktion der IGM-Senioren Düsseldorf/Neuss.

Beispielhaft war von Anfang an das Zusammenwirken mit den Ver.di-Senioren, die Mitarbeit der Sozialverbände VdK und SoVD, des Düsseldorfer Sozialforums und von Vertre-

tern der evangelischen Kirche. Die früheren Kundgebungen richteten sich vornehmlich an die Adresse der Regierungsparteien in Berlin, denen mit Fackeln und Kerzen „heimgeleuchtet“ wurde. Auf Stangen getragene Hemden machten deutlich, dass die Politiker „... dabei den Menschen oft das letzte Hemd rauben“. Diesmal galt es, aus aktuellem Anlass auch der Habgier von „Ackermännern & Postwinkels“ Grenzen zu setzen.

Die engagierte Rede von IGM-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban in diesem Jahr machte aber auch deutlich, dass wir das Bundestagswahljahr für verstärkten Protest gegen Sozialabbau und Rente mit 67 und für verstärkten gesellschaftlichen Druck auf alle Parteien nutzen müssen.

Ludwig Pohlig



Öffentlicher Protest gegen drohende Altersarmut

Für Alt für Jung für Alle

Augsburg: Enge Bande zwischen den Generationen

Die Senioren sind in Augsburg die größte Personengruppe. Die Besonderheit der AGA-Arbeit ist hier der Brückenschlag zwischen Alt und Jung. Mittlerweile gibt es keine Aktion der IG Metall-Jugend mehr, an der sich nicht auch Kolleginnen und Kollegen aus dem Seniorenausschuss beteiligen.



IG Metall organisiert das Band zwischen den Generationen

„Was die Jungen von den Alten und die Alten von den Jungen lernen können“: Unter diesem Motto kamen rund 90 Jugendliche und Senioren zusammen. Themen waren Ausbildungsplatzsuche, Ausbildungsqualität und die Sozialsysteme früher und heute. Bemerkenswert ist, dass die Themen in Gruppen mit je zwei Jungen und zwei Alten vorbereitet wurden.

Vielen Älteren war bis dahin nicht bekannt, wie schwer es Jugendliche haben, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Neben den nackten Zahlen berichteten Jugendliche darüber, wie sie 30 bis 40 Bewerbungen schrieben und was sie empfinden, wenn sie Absagen erhalten. Ältere zeigten auf, dass man früher zwar leichter eine Ausbildungsstelle bekam, aber die Qualität nicht im Vordergrund stand. Man ging einfach zu einem Meister vor Ort und fragte, ob er

einen „Lehrling“ einstellen würde und man lernte, indem man ihn oder die Gesellen bei der Arbeit unterstützte. Bei den Sozialsystemen wurde deutlich, dass der Generationenvertrag nach wie vor aktuell und eines unserer höchsten Güter für die Solidarität zwischen Jung und Alt ist.

Aber auch das Wissen und die Erfahrung der älteren Kollegen gehen nicht verloren. Vor dem Ortsjugendausschuss berichtete der Seniorenvorsitzende Hans-Detlef Lentzsch über den Bayernstreik 1954. Die Jungen konnten sich die Eindrücke und Erlebnisse von damals nur schwer vorstellen. Um so reger wurde diskutiert, inwieweit heutige Tarifrunden mit damaligen vergleichbar sind.

Der Brückenschlag wurde auch deutlich bei einer Tarifkonferenz am 7. Juni 2008 mit Berthold Huber. Hier wurde im wahrsten Sinne des Wortes ein Band der Generationen geknüpft, das unsere „Alten“ an „die Jugend“ übergaben. Darauf stand: „Altersteilzeit für Alt für Jung für Alle“. Beide Gruppen trugen T-Shirts mit diesem Logo. Zum Schluss spannte man mehrere Bänder, so dass ein Netz zwischen allen Beteiligten aus allen Generationen entstand.

Matthias Jena



Die Aktiven der Augsburger IG Metall Jugend

Was bekommen Rentner wirklich?

Metallerinnen und Metaller legen ihre Lage offen

Auf spektakuläre Weise haben Rentnerinnen und Rentner auf einer öffentlichen Veranstaltung der Verwaltungsstelle Frankfurt a. M. offengelegt, wie „unwürdig“ die Rentenerhöhung zum 1. Juli ist. Wir stellen sie vor und haben noch einige Beispiele ergänzt. Für zukünftige Rentnerinnen und Rentner wird die Lage auch nicht besser aussehen.



Waltraud Gensert, 61, verheiratet, bezieht eine gesetzliche Rente von 581,81 Euro. Hinzu kommen 165,26 Euro Betriebsrente. Nach den Abzügen bleiben ihr 643,91 Euro, und das nach fast 31 Jahren Berufstätigkeit überwiegend im Schichtbetrieb. Drei zusätzliche Jahre werden ihr für die Erziehung ihrer beiden Kinder angerechnet. Waltraud Gensert lebt eingeschränkt. Seit acht Jahren schon leistet sie sich keinen Urlaub mehr, Zeitungen hat sie abbestellt. „Ich fühle mich nicht arm, aber ich habe Sorgen. Kaufe ich mir mal neue Kleidung, fällt der Friseurbesuch aus.“ Die Rentenerhöhung um 6,40 Euro empfindet sie als „Ohrfeige“. Waltraud Gensert ist auf die Rente ihres Mannes angewiesen.

Waltraud Gensert, 61, verheiratet, bezieht eine gesetzliche Rente von 581,81 Euro. Hinzu kommen 165,26 Euro Betriebsrente. Nach den Abzügen bleiben ihr 643,91 Euro, und das nach fast 31 Jahren Berufstätigkeit überwiegend im Schichtbetrieb. Drei zusätzliche Jahre werden ihr für die Erziehung ihrer beiden Kinder angerechnet. Waltraud Gensert lebt eingeschränkt. Seit acht Jahren schon leistet sie sich keinen Urlaub mehr, Zeitungen hat sie abbestellt. „Ich fühle mich nicht arm, aber ich habe Sorgen. Kaufe ich mir mal neue Kleidung, fällt der Friseurbesuch aus.“ Die Rentenerhöhung um 6,40 Euro empfindet sie als „Ohrfeige“. Waltraud Gensert ist auf die Rente ihres Mannes angewiesen.



Klaus Jung, 67, verheiratet, ist Rentner seit 2003. Er hat 47 Arbeitsjahre hinter sich, davon 25 Jahre bei Hartmann & Braun in Frankfurt. Mit seinen 1197 Euro Nettorente (gesetzliche plus Betriebsrente) gilt er zwar nicht als arm, dennoch endet jeder Monat für ihn mit einem Minus von 100 Euro. Ohne die Einkünfte seiner noch berufstätigen Frau könnte der Sohn nicht studieren. Die Erhöhung von 1,1 % bringt für ihn 13,47 Euro mehr (brutto).

Klaus Jung, 67, verheiratet, ist Rentner seit 2003. Er hat 47 Arbeitsjahre hinter sich, davon 25 Jahre bei Hartmann & Braun in Frankfurt. Mit seinen 1197 Euro Nettorente (gesetzliche plus Betriebsrente) gilt er zwar nicht als arm, dennoch endet jeder Monat für ihn mit einem Minus von 100 Euro. Ohne die Einkünfte seiner noch berufstätigen Frau könnte der Sohn nicht studieren. Die Erhöhung von 1,1 % bringt für ihn 13,47 Euro mehr (brutto).



Dietmar Lehmann, 62, arbeitet bei BIT in Schwalbach. In drei Jahren kann er nach 52 Arbeitsjahren abschlagsfrei in Rente gehen. Würde er dagegen dies bereits mit 63 Jahren machen, müsste er mit einem Abschlag von 7,2 % rechnen und bekäme nur 1250 Euro brutto Rente. Dagegen spricht seine familiäre Situation: „Meine Frau ist ziemlich lange zu Hause

Dietmar Lehmann, 62, arbeitet bei BIT in Schwalbach. In drei Jahren kann er nach 52 Arbeitsjahren abschlagsfrei in Rente gehen. Würde er dagegen dies bereits mit 63 Jahren machen, müsste er mit einem Abschlag von 7,2 % rechnen und bekäme nur 1250 Euro brutto Rente. Dagegen spricht seine familiäre Situation: „Meine Frau ist ziemlich lange zu Hause

geblieben und hat sich der Erziehung unserer beiden Kinder gewidmet, so dass wir auf meine Rente angewiesen sind. Das heißt: ich kann es mir nicht leisten, nach fast 50 Arbeitsjahren mit 63 in Rente zu gehen.“



Iclal Sevimli, 63, Rentnerin seit 2005, muss 18 % Abschläge in Kauf nehmen, da sie mit 60 in Rente gegangen ist. Sie hat für 33 Arbeits- bzw. Versicherungsjahre eine gesetzliche Rente von 646,59 Euro brutto, netto gerade mal 579 Euro. Seit 1. Juli bekommt die Mutter zweier Kinder 7,10 Euro brutto mehr.



Manfred Laus, 72, hat 47 Versicherungsjahre voll. Bis 1997 arbeitete er bei der AEG in Frankfurt als Maschinenbaukonstrukteur. Seine gesetzliche Rente ist seit Renteneintritt um 5,3 % gestiegen, während sein altes Bruttogehalt laut den Tarif tabellen der IGM in den letzten 10 Jahren um 29,8 % gestiegen ist.

Manfred Laus, 72, hat 47 Versicherungsjahre voll. Bis 1997 arbeitete er bei der AEG in Frankfurt als Maschinenbaukonstrukteur. Seine gesetzliche Rente ist seit Renteneintritt um 5,3 % gestiegen, während sein altes Bruttogehalt laut den Tarif tabellen der IGM in den letzten 10 Jahren um 29,8 % gestiegen ist.

Manfred Steimle aus Ludwigsburg hat systematisch verfolgt, wie sich seine Sozialversicherungsrente seit 2003 verändert hat. Obwohl die Brutto-Rente von 1490 Euro (2003) auf 1515 Euro (2008) stieg, sank der vergleichbare Nettobetrag um 4,76 Euro, z. B. wegen höherer Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung. Im selben Zeitraum stieg der Index der Verbraucherpreisindex (Basis 2005=100%) um fast 11 Prozentpunkte.

Kolleginnen und Kollegen, die unverschuldet arbeitslos wurden und in deren Rentenbiografie mehrere Jahre ALG II enthalten sein werden, müssen drastisch geringere Renten erwarten, als in den hier aufgeführten Beispielen. Neben vielem anderen spielt auch eine Rolle, dass 2006 der monatliche Zahlbetrag der Bundesagentur für Arbeit für ALG II-Empfänger an die Rentenversicherung von 78 Euro um fast die Hälfte (!) auf 40 Euro gekürzt wurde.

Thomas Krischer

Erwerbslos heißt noch lange nicht wehrlos!

Bremen: Was einer von uns alles mitmachte und wie er sich für andere einsetzt

Wenn Heinz Hüske Dienstagvormittags das IG Metall-Büro für Erwerbslosenberatung öffnet, erwarten ihn bereits Kollegen im Flur. Regale voller Aktenordner füllen seinen Raum, und über das Internet hat er Zugang zu aktuellen rechtlichen Informationen für fachlich korrekte Beratung. An den Wänden hängen Kunstwerke, die er aus Metallteilen und Gebrauchsgegenständen selbst gefertigt hat.



Bremer Metallerinnen und Metaller bei Aktion zum Weltspartag

Arbeitslosigkeit ist für Heinz Hüske kein Sachgebiet, das er sich theoretisch erarbeitet hat. Er kennt diese Lage aus eigenem Erleben. Sein Leben ist gekennzeichnet vom „Auf und Ab“ der Entwicklung nach Ende der 1960er-Jahre. Nach fünf Jahren im Beruf und nach der Bundeswehrzeit absolvierte der gelernte Technische Zeichner erfolgreich die Technikerschule. Anfang der 70er-Jahre konnte er durch Weiterbildung und Firmenwechsel sein Gehalt aufbessern. Dann mit einem Schlag die Entlassung, zwei Jahre Erwerbslosigkeit, Umschulung, dann Leiharbeitsverhältnis und schließlich Tätigkeit im Flugzeugbau (Airbus). Die Airbus-Krise zu Beginn der 80er-Jahre machte ihn wieder erwerbslos. Dann ABM-Tätigkeit in einer Behörde, ungerechte Arbeitsverhältnisse, die zum Protest anregten, denn unbefristete Planstellen des Amtes waren in befristete ABM-Stellen umgewidmet worden. So wird Heinz Hüske einer der Aktiven, die beim DGB eine Arbeitsloseninitiative gründen und auch die „Bremer Arbeitslosen Zeitung“ (BAZ) entwickeln und herstellen.

Die IG Metall-Beratungsstelle für Erwerbslose gibt es seit dem 3. März 1993. In der IG Metall sitzt Heinz Hüske dem Arbeitskreis Arbeitslose vor und er ist gewählter Beisitzer im IG Metall-Ortsvorstand. Sein bewegtes berufliches Leben kommentiert er so: „Es war teilweise hart! Doch die heutige Generation hat einen viel größeren Anteil von Kollegen mit ähnlichen Biografien, etwa fünf Mal so viel.“

Von 1997 bis 2000 war er auch Erwerbslosenvertreter in der Tarifkommission. Unter seinem damaligen Leiter Frank Teichmüller hatte der Bezirk Küste damit begonnen, für jede Tarifkommission jeweils ein „Gastmandat“ für Erwerbslose zu besetzen. Seine Rolle dort sah er so: Als es noch kein ALG II gab, kamen die Ergebnisse der Tarifierhöhungen mittelbar im Folgejahr auch bei den Erwerbslosen an. Die Diskussion um die Tarifforderung traf deshalb auch bei den Erwerbslosenvertretern auf starkes Interesse. Sie nahmen ihr Rederecht wahr und wiesen auf diese Zusammenhänge hin. Den Spaltungsversuchen der Arbeitgeber mit den Argumenten „Die Gewerkschaften vertreten nur die Interessen der Beschäftigten“ und „Hohe Tarifforderungen erhöhen die Arbeitslosigkeit“ konnte somit erfolgreich entgegen gewirkt werden. Für Heinz Hüske war seine Mitarbeit in der Tarifkommission eine positive Zeit mit viel „offener Diskussion zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen“.

Thomas Krischer

Hamburg: Ehrenamtliche steuern Bezirksarbeit

Schritt für Schritt haben sich in den letzten Jahren auch im außerbetrieblichen Bereich des Bezirks Küste neue Betreuungsstrukturen entwickelt und stabilisiert. Wohngebietsarbeit, AGA- und Seniorenausschüsse sowie Erwerbslosenarbeitskreise sind fester Bestandteil vieler Verwaltungsstellen.

Das 2005 gebildete Leitungsteam für die AGA-Arbeit im Bezirk führt jährlich ein Wochenseminar zum Erfahrungsaustausch durch, um sicherzustellen, dass in möglichst allen Verwaltungsstellen Betreuungsstrukturen wirkungsvoll arbeiten.

Zusätzlich hat unsere Bezirksleiterin Jutta Blankau 2007 zur Verstärkung der hauptamtlichen Kapazität für den AGA-Bereich eine ehrenamtliche Steuerungsgruppe eingesetzt. Die Kollegen Bodo Apenburg, Johannes Müllner und Peter Schwertfeger haben die Aufgabe, in Abstimmung mit dem Kollegen Heino Bade und der Kollegin Susanne Hitzler die AGA-Aktivitäten im Bezirk zu planen und zu koordinieren.

Dabei erweist sich der direkte Kontakt zu den Bevollmächtigten als äußerst hilfreich. Das hat auch eine Fragebogen-Aktion im Jahr 2007 gezeigt, bei der alle Ortsvorstände Auskunft über die AGA-Aktivitäten gaben. Das Ergebnis ist eine wertvolle Grundlage für die weitere Arbeit.

Johannes Müllner



Bodo Apenburg und Peter Schwertfeger von der AGA-Steuerungsgruppe mit Jutta Blankau, der einzigen Bezirksleiterin der IG Metall

Unsere Themen auf dem Gewerkschaftstag

Ein Überblick über die zentralen Fragen und den Umgang mit AGA-Anträgen

Sozialpolitik war auf dem 21. Gewerkschaftstag in Leipzig ein Problemfeld, das mehrfach und lang und heiß diskutiert wurde. Dazu lagen mehr als 70 Anträge aus den Verwaltungsstellen vor. Die Themen reichten von „Sozialstaat und Sozialpolitik“, „Gegen Rente mit 67“, „Alterssicherung“, „Nachhaltigkeitsfaktor“ bis „Altersteilzeit“. Den Bereich der Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit betreffend gab es viele Anträge und Wortbeiträge auch im Zusammenhang mit der sozialpolitischen EntschlieÙung (E4).



Am AGA-Stand (v.l.n.r.): Angelika und Dietrich Berner, Thomas Krischer, Uwe Tarnow, Kirsten Rölke

Zur Sozialpolitik im weitesten Sinne meldeten sich etliche Diskussionsredner zu Wort und beteiligten sich engagiert an der Debatte. Die Frage der Rentenproblematik wurde schon ziemlich am Anfang angesprochen, als es noch um Gesellschaftspolitik im Allgemeinen und um allgemeine Gewerkschaftspolitik ging. Einige Anträge mahnten an, dass weitere Proteste gegen den Sozialabbau notwendig seien. Die „Rente mit 67“ wurde kritisiert und die IG Metall zu weiteren Aktionen in der Öffentlichkeit aufgefordert.

In der EntschlieÙung E 4 zielt eine grundlegende Forderung nach deutlichem Abbau von Arbeitslosigkeit und für einen nachhaltigen Aufbau von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. In E 4 wie insgesamt bezieht die IG Metall eindeutig Position für eine Weiterentwicklung des Sozialstaates und gegen die Versuche, diesen zu einem „Wettbewerbsstaat“ umzubauen.

Eine entscheidende Frage dabei ist die finanzielle Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, die folgendes beinhalten muss: paritätische Finanzierung, Einbeziehung aller Personengruppen und Einkommensarten zuzüglich solidarischer Finanzierung des Staates von gesellschaftlich notwendigen Leistungen.

Weitere heftig diskutierte Themen waren die Positionen und Forderungen der IG Metall zur Arbeitsmarktpolitik und zur Alterssicherung. Dazu wurde als notwendig benannt: Verlängerung der Bezugsdauer des ALG I für ältere Arbeitslose; „armutsfestes“ ALG II, damit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird. Und letztlich eine deutliche Erhöhung des Regelsatzes.

Bei der Debatte um Alterssicherung war die Ablehnung der „Rente mit 67“ erneut ein zentraler Punkt. Fortentwicklung der Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung und Lebensstandardsicherung wurden als wichtige Ziele genannt. Gegen „Zwangsrente“ mit Abschlägen für langjährige Erwerbslose und für Mindestdynamisierung der gesetzlichen Altersrente und für Beibehaltung flexibler Rentenzugänge (Altersteilzeit) auch in Zukunft sprach sich eine deutliche Mehrheit der Delegierten des Gewerkschaftstages aus; ebenso für die Überwindung der unterschiedlichen Rentenansprüche in den alten und neuen Bundesländern.

In der EntschlieÙung zur Organisations- und Mitgliederentwicklung und Organisationspolitik (E6) wurde selbstverständlich auch das Arbeitsfeld der außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit angesprochen und diskutiert. Hierzu lagen Anträge aus Verwaltungsstellen vor. Die Themen waren, um nur einige zentrale zu nennen, Seniorenpolitik, „metallzeitung“ und AGA, bis hin zur Forderung nach eigenständigen Konferenzen für Senioren und Erwerbslose, die allerdings vom Gewerkschaftstag klar abgelehnt wurden.

Der Antrag der VS Bochum, vor jedem Gewerkschaftstag eine bundesweite Tagung zur außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit durchzuführen wurde als Material an den Vorstand überwiesen. Die geforderte Durchführung eines ein-



Engagement macht stark – Motto des AGA-Standes und der Präsentation

maligen bundesweiten Aktiventreffens der IG Metall-Erwerbslosengruppen fand keine Mehrheit bei den Delegierten.

Insgesamt zeigten jedoch sowohl die AGA betreffenden Anträge als auch die Diskussion, dass die Bedeutung der außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit in der IG Metall vor Ort durchaus bewusst ist.

Satzung und Richtlinie für Personengruppenarbeit im Einklang?

Zur Satzung gab es eine Reihe von Anträgen aus dem Bereich der Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit, die teilweise eine verbindliche Festschreibung von Beteiligungs- und Vertretungsrechten für Personengruppen in Gremien forderten. Diese Anträge wurden überwiegend abgelehnt oder dem Vorstand als Material (zum Beispiel Antragsrecht Ausschüsse) zugewiesen. Keine Zustimmung fanden auch Anträge zur Änderung des Mitgliedsbeitrages für Erwerbslose.

In den vergangenen Jahren wurde von Akteuren der Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit bei verschiedenen Anlässen immer wieder die Frage nach dem Recht des AGA-Ausschusses auf Vorstandebene gestellt, Anträge an den

Gewerkschaftstag zu richten. Hierzu wurde der Vorrang der Satzung gegenüber einer später gefassten Richtlinie für Personengruppenarbeit festgestellt: Entscheidend bleibt somit die Beschlusslage des OE-Gewerkschaftstages 1998, die besagt, dass nur der Frauen- und der Jugendausschuss beim Vorstand ein direktes Antragsrecht an den Gewerkschaftstag haben.

Öffentlichkeitsarbeit für AGA in Leipzig ein Erfolg!

Der Infostand des Ressorts für „Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit“ war Anlaufpunkt für zahlreiche (Tageskarten-) Gäste aus den Verwaltungsstellen. Unter dem Standmotto „Ehrenamtliche Mitgliederarbeit“ wurden positive örtliche Beispiele dargestellt und für Nachahmung geworben.

Ein Spiel, bei welchem die menschlichen Sinne (wie der Tastsinn) eingesetzt und gleichzeitig deren Anzahl erraten werden sollte, war ein großer Erfolg und machte den Stand attraktiv. Aus über 300 Teilnehmerkarten wurde schließlich der Gewinner ermittelt. Björn Neerfeld aus Wuppertal freute sich über den gewonnenen iPod. In einer E-Mail bedankte er sich mit diesen Worten:

Liebes AGA-Team der IG Metall,

zum ersten mal im meinem Leben habe ich etwas gewonnen! Welche Überraschung!

Meine Töchter sind von eurem iPod begeistert und haben direkt Ansprüche angemeldet, aber ich werde ihn selbst beim Joggen gebrauchen können.

Ich danke euch allen vielmals und wünsche euch für 2008 Gesundheit und eine erfolgreiche außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit.



*Liebe Grüße aus Wuppertal,
Björn Neerfeld*

Der AGA-Report 2008 – ein neues Konzept

Ein gemeinschaftliches Produkt von ehrenamtlichen Redakteuren aus den Bezirken

Das ehrenamtliche Engagement macht auch nicht vor dem AGA-Report halt! Am 27. Februar 2008 traf sich in der Vorstandsverwaltung zum ersten Mal eine Runde von Frauen und Männern, die von den Bezirken als Redaktionsmitglieder für den AGA-Report benannt worden sind. Unter der Leitung des AGA-Referenten Thomas Krischer erarbeiteten sie das Konzept für den Report, der künftig ein Mal im Jahr erscheinen soll.

Zum Einstieg erläuterte die Redaktionsleiterin der „metallzeitung“, Susanne Rohmund, was bei der Erarbeitung eines Magazins zu beachten ist: Wichtig ist, dass eine Zeitschrift

man diese in Schwerpunkte bündelt und was beim „Layout“ (das ist die grafische Gestaltung) und bei der Illustration mit Fotos oder Schaubildern bedacht werden sollte.

Die weiteren Stunden füllten eine engagierte Diskussion zur Themenfindung und zur Organisation der Arbeit. Und es geschah, was verabredet worden war: Die ehrenamtlichen Redakteure sorgten dafür, dass bis zu einer bestimmten Frist Texte aus ihren Bereichen geliefert wurden, wobei auch die Unterstützung der AGA-Vorstandsreferenten Thomas Krischer und Rolf Nutzenberger gerne in Anspruch genommen wurde. Diese Texte sind dann von dem Journalisten Wolf Gunter

Brüggmann noch mal professionell überarbeitet („redigiert“) und für den Druck eingerichtet worden.

Auf einer zweiten Redaktionssitzung Anfang September haben die ehrenamtlichen Redakteure den Entwurf des AGA-Reports begutachtet, noch einmal durchdiskutiert und schließlich für den Druck freigegeben.

Die Redaktionsmitglieder sind

- Werner Altmann (VS Freiburg, Bezirk Baden-Württemberg)
- Ludwig Pohlig (VS Bochum, Bezirk Nordrhein-Westfalen)
- Siegfried Paetzold, (VS Mannheim, Bezirk Baden-Württemberg)



Von links: Peter Schwertfeger, Heinz Jewski, Angelika Berner, Ludwig Pohlig, Siegfried Paetzold, Gisela Pieper, Wolf Gunter Brüggmann, Susanne Rohmund, Thomas Krischer, Werner Altmann

eine „Marke“ ist. Das heißt, sie muss optisch so gestaltet sein, dass sie schon auf den ersten Blick wiedererkannt werden kann. In diesem Sinne schließt dieser AGA-Report 2008 an die bisherigen AGA-Publikationen wie auch die Dokumentation zur ersten AGA-Bundeskonferenz an. Weiter erläuterte Susanne Rohmund, wie man Themen sucht und findet, wie

- Heinz Jewski (VS Hannover, Bezirk Niedersachsen)
- Peter Schwertfeger (VS Neumünster, Bezirk Küste)
- Angelika Berner (VS Zwickau, Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen)
- Leo Chochola (VS Landshut, Bezirk Bayern) konnte nicht anwesend sein.

Zu lebenshungrig, um nichts zu tun

Braunschweig: Zehn Jahre Kreativ-Club der IG Metall-Senioren

„Zu jung, um alt zu sein. Zu lebenshungrig, um nichts zu tun. – Lasst uns gemeinsam weiter arbeiten an den Zielen der IG Metall.“ So lautet der Leitspruch des „Kreativclubs“ von IG Metall-Senioren in Braunschweig, der im Juni sein 10-jähriges Bestehen feiern konnte.

Die „Kreativen“ gestalten Unterricht in Schulen und Berufsschulen, um Jugendliche für die Gewerkschaft zu gewinnen. Sie unternehmen gemeinsame Urlaubsreisen, besichtigen Betriebe, bieten Vorträge und Diskussionen, oder sind bei Warnstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen dabei.



Dokumentation der zahlreichen Aktivitäten des „Kreativclubs“ stößt auf großes Interesse

Entstanden ist der Kreativclub so: In einem Projekt zur „neuen Ehrenamtlichkeit“ wurden gut 500 Metallerinnen und Metaller befragt, ob sie Interesse an gewerkschaftlicher Arbeit nach der Erwerbsphase hätten. Aus dem Rücklauf von fast 75 % der Fragebogen ließ sich herauslesen, dass vielen die durchaus gut laufende traditionelle Seniorenarbeit nicht ausreichte. Sie wollten nicht „betreut“ werden, sondern sich vielmehr selbst engagieren, ihr Wissen und ihre Erfahrung einbringen. Die IG Metall lud also zu zwei Seminaren über die Möglichkeiten zur Beteiligung ein. Schon während des ersten Seminars wurde die Idee des Kreativclubs geboren. Gründungsdatum war der 19. Juni 1998. In fünf Projektgruppen mit je zwei Sprechern bearbei-



1. BV der IG Metall Braunschweig: Detlef Kunkel

tete der Club Themen, die er in ein Jahresprogramm bündelte: Vorbereitung auf den Ruhestand, Freizeitaktivitäten, Öffentlichkeitsarbeit, politische Vorträge und Soziales. Das schon länger bestehende Beratungs- und Betreuungsteam wurde in den Club integriert. Nach wie vor gibt es auch noch einen Seniorenarbeitskreis. Die „Kreativen“ nennen dessen Mitglieder „die Alt-Senioren“.

Bei der Feier zum 10-jährigen Bestehen würdigte der Erste Bevollmächtigte Detlef Kunkel: „Vieles von dem, was die Kreativen angepackt und erfolgreich durchgeführt haben, wäre ohne die ehrenamtliche Beteiligung nicht möglich gewesen. Mit ihrer Arbeit tragen sie zum Halten von älteren Mitgliedern in der IG Metall in nicht unerheblichem Maß bei.“ Kunkel äußerte den Wunsch, dass der Kreativclub seine Arbeit noch weiter ausbaut und sagte Unterstützung zu. (www.kreativclub.igm-bs.de)

Rolf Nutzenberger



Ein „Gläschen“ zur Feier des 10-jährigen Jubiläums gehört auch dazu

Wichtig ist auch, selbst noch zu lernen

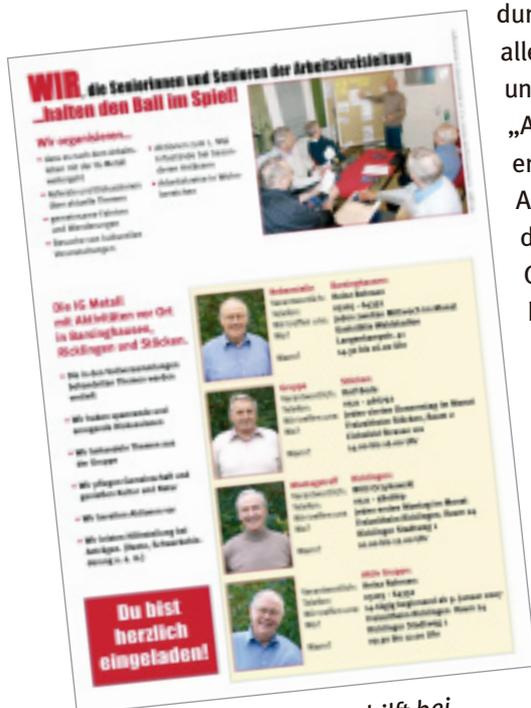
Hannover: Ein breit gefächertes Programm macht vielseitige Beteiligung möglich

„Immer am Ball in der IG Metall“. Mit diesem Slogan werben Seniorinnen und Senioren in Hannover für eine Beteiligung aller Kolleginnen und Kollegen im Rentenalter an der IG Metall-Arbeit.

Bereits im Herbst 2005 hat sich der Seniorenkreis in einem Seminar in Beverungen mit der Organisation, Gestaltung und Weiterentwicklung der Arbeit befasst. Das daraus entwickelte Programm wurde mit dem Ortsvorstand abgestimmt. Es umfasst Wohnbereichsarbeit mittels Infos, Veranstaltungen, Diskussionsrunden, Busfahrten, Wanderungen und Kultur, Bildungsarbeit, Mitgliederwerbung, insbesondere „Nachwuchsgewinnung“ im Seniorenbereich, Rückholmanagement sowie eine Gesprächsbrücke zwischen Jugend und Seniorinnen und Senioren. Und und und ...

Wichtig ist die eigene Qualifizierung für dieses anspruchsvolle Programm. So wurde erst im Mai 2008 eine einwöchige Arbeitstagung mit 25 Seniorinnen und Senioren zum Thema „Rückholmanagement“ in der Heimvolkshochschule Hustedt durchgeführt, in der alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine

„Argumentenwaage“ erstellten. Diese Argumentenwaage dient als hilfreiche Grundlage für Diskussionen und Streitgespräche. Für die „Nachwuchsgewinnung“ wird eine Informationsmappe erstellt, die Betriebsräte und Vertrauensleute in Rente gehenden Kolleginnen und Kollegen überreichen.



Ein attraktives Programm hilft bei „Nachwuchsgewinnung“



Wenn sie gefordert sind, sind die SeniorInnen dabei, wie hier am 1. Mai

Die Balance zwischen gewerkschaftlicher Arbeit und Freizeitgestaltung macht die Arbeit des Seniorinnen- und Seniorenkreises Hannover besonders attraktiv.

Stundenlang am Telefon

„Metaller helfen Metallern“. Unter dieser Parole rufen die Rentner Günther Kleine und Gregor Meier ehrenamtlich seit Mai 2007 jeden Mittwoch von 9 bis 16 Uhr aus der Verwaltungsstelle Hannover erwerbslose Mitglieder an. Ihr Angebot reicht von Internetrecherche freier Stellen und Bewerbungstraining über Weiterleitung von Bewerbungen an Betriebsräte und Personalabteilungen bis zur persönlichen Unterstützung bei Bewerbungsgesprächen.

Sie konnten schon etlichen Kolleginnen und Kollegen helfen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Bereits in den ersten zehn Wochen ihrer Tätigkeit hatten sie bereits 300 Telefonnummern erwerbsloser Kolleginnen und Kollegen angewählt, 200 Datensätze aktualisiert und „bereinigt“, 20 erwerbslose Kolleginnen und Kollegen persönlich beraten und auf vielen Veranstaltungen bei Betriebsräten um Mitarbeit beim Aufbau eines Kommunikationsnetzes geworben. *Heinz Jewski, Pia Pachauer*

Wir lassen die Menschen nicht allein

Heidelberg: Die Beratungsstelle Arbeitslosigkeit vermittelt auch neue Jobs

Seit April 2007 betreibt die IG Metall in Heidelberg in Kooperation mit der Transfergesellschaft „Mypegasus“ ein Projekt zur Beratung und Vermittlung arbeitsloser Kolleginnen und Kollegen.

Entstanden ist die Idee aus unseren Rückholgesprächen und der Standortschließung der Ernst Schmitt Helm GmbH 2007, einst der Rolls Royce unter den Federnherstellern. Seit 1994 kämpften die Schmitt Helmer um ihre 470 Arbeitsplätze. Nach zweimaligem Verkauf erstreikten sie sich 2005 einen Sozialplan und der Betriebsrat konnte sie auf neue Arbeitsplätze vermitteln. Auf Grund der Erkenntnis, dass wir die Menschen in ihrer schwierigsten Lebenssituation, Kündigung, Arbeitslosigkeit, Krankheit nicht allein lassen können, entstand die „Beratungsstelle Arbeitslosigkeit“ in Kooperation mit „Mypegasus“. Wir betreuen Kolleginnen und Kollegen in ALG I und Hartz IV. Laut Armutsbericht gelten 11.600 Menschen in Heidelberg als arm. Darunter sind auch Kolleginnen und Kollegen von uns.

Das Projekt umfasst den Neckar-Odenwald-Kreis und die Metropolregion Rhein-Neckar. Es baut vorrangig auf direkte Kontakte zu Unternehmen, zu Personalabteilungen ebenso wie zu Betriebs- und Personalräten. So haben wir einen guten Überblick über den jeweiligen Personalbedarf.

Seit April 2007 waren bei uns 206 Männer und Frauen in der Vermittlung. Von diesen haben wir 121 erfolgreich vermittelt, 24 als neue Mitglieder in die IGM aufgenommen und gut ein Drittel gehalten. Hilfe bieten wir auch bei besonderen Problemen und vermitteln an andere Stellen wie Drogenberatung, Schuldnerberatung, usw. Unser IG Metall-Büro ist von 9 bis 22 Uhr geöffnet und gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar. Zudem bieten wir Kinderbetreuung an.

Deutlich wurde uns aber auch, dass diese kapitalistische Gesellschaft die Menschen aussondert, die entweder alt, behindert oder zu gering qualifiziert sind. Wir haben nur neun Kolleginnen und Kollegen aus Hartz IV heraus vermittelt, nur drei aus Leiharbeitsfirmen in „normale“ Arbeitsverhältnisse. Von den Fachkräften über 50 konnten wir nur 16 vermitteln, 25 sind noch unvermittelt (die Mehrzahl Mitte 50). Von den acht, die keine Qualifizierung haben, sind noch alle arbeitslos. Von fünf, die sich selbstständig machen, weil sie keine Chance mehr sahen, sind vier über 50, einer 49. 15 sehen auf Grund von Behinderung/Krankheit oder Alter (über 57) nur die Möglichkeit, über ALG II in die „Armuts“-Rente zu kommen.

Deshalb arbeiten wir, die „Gewerkschaftliche Kooperative“, seit Juni 2008 mit der christlichen Emmaus-Gemeinschaft in einem eigenständigen Verein zusammen, der einen alten Bahnhof als Treff hat. Hier bieten wir einfache Arbeitsmöglichkeiten (im Rahmen von 100 Euro) und Politik und Kultur an. So ist es auch möglich geworden, dass an einem Seminar über die Geschichte der Arbeiterbewegung sowohl die Kollegin, der Kollege mit Hartz IV als auch die Kollegin/der Kollege von SAP teilnehmen.

Thomas Wenzel



Belegschaft der Ernst Schmitt Helm GmbH Heidelberg beim Kampf um Standorterhalt

Die meisten Probleme gibt es beim ALG II

Freiburg: Ein ehrenamtlicher Sozialberater gibt Auskunft über seine Arbeit

Die Betreuung und Beratung ihrer Mitglieder in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen gehört zu den Kernaufgaben der IG Metall. In einigen Verwaltungsstellen haben ehrenamtliche Mitarbeiter die Beratung in sozialrechtlichen Fragen übernommen. AGA-Report sprach mit dem in Freiburg tätigen Kollegen Werner Altmann.

Werner, wie bist Du zu dieser Aufgabe gekommen?

Als Langzeitarbeitsloser nahm ich 1996/97 an einer Maßnahme des Arbeitsamtes teil, die in der Hauptsache aus einem sechsmonatigen Praktikum bei einem möglichen Arbeitgeber bestehen sollte. Da ich einen solchen Platz nicht fand, bewarb ich mich bei der IG Metall. Mit der Vorgabe, dass ich die Sekretäre durch Beratung arbeitsloser Mitglieder entlaste, wurde ich genommen. Durch Weiterbildung für Hauptamtliche und Erfahrungsaustausch konnte ich bald den Ansprüchen genügen. Da ich nach dem Praktikum keinen Job fand, mache ich das heute immer noch und, wie es aussieht, noch mindestens bis zur Rente.

Um welche Themen geht es hauptsächlich?

Die meisten Fragen und Probleme kommen aus dem Bereich SGB II, also ALG II. Hier geht es vor allem um Bescheide mit fehlerhafter Berechnung, unsinnige Vereinbarungen zur Eingliederung, zweifelhafte Arbeitsgelegenheiten, Aufforderungen zur Senkung der Wohnkosten, Verdacht eheähnlicher Gemeinschaften usw. ALG I ist nach Einführung von ALG II in den Hintergrund gerückt, auch wenn es immer wieder Ungereimtheiten gibt, hauptsächlich bei Sperrzeiten. Eines der größten Probleme überhaupt ist die mangelnde Qualifikation der Sachbearbeiter in den Behörden, vor allem im Bereich des SGB II.

Wie läuft eine Beratung in etwa ab?

Im Normalfall ruft eine Kollegin/ein Kollege an. Wenn es keine Fristensache ist, wird ein Termin auf den monatlichen Beratungstag gelegt, sonst ein Termin in Absprache mit mir so kurzfristig wie möglich. Anhand der Unterlagen, des mündlichen Berichts und durch Nachfragen bemühe ich mich, mir ein Gesamtbild zu machen. Je umfassender ich mit allen Zusammenhängen vertraut bin,



um so besser kann ich Rat geben. Auch wenn es zu unseren Aufgaben gehört, vieles für und im Namen der Ratsuchenden zu erledigen, bemühe ich mich immer, den Kollegen/die Kollegin zu motivieren, die ersten Schritte – wie etwa einen Widerspruch zu schreiben – selbst zu machen. Häufig genügen ein paar Tipps, häufig ist jedoch formeller Widerspruch gegen eine Behörde oder Klage vor dem Sozialgericht notwendig. Bei Klagen kommt immer die DGB-Rechtsschutz GmbH mit ins Spiel. Aber auch hierfür ist eine gründliche Vorbereitung in Zusammenarbeit mit dem Kollegen/der Kollegin wichtig. Hin und wieder gehe ich als Beistand mit zur Behörde, vor allem bei sprachlichen Problemen.

Bekommst du Rückmeldungen über den Erfolg Deiner Beratung?

Nur vereinzelt. Meistens war das, was ich geraten habe, erfolgreich. Waren Ratschläge nicht erfolgreich, erfahre ich das weniger. Das bedauere ich, da gerade solche Rückmeldungen zur Verbesserung meiner Arbeit beitragen können.

Was wünschst Du Dir für deine weitere Tätigkeit?

Zuerst, dass mehr Kolleginnen und Kollegen mein Angebot annehmen. Wir haben in Freiburg etwa 1.000 erwerbslose Mitglieder, von denen höchstens 15 % in der Beratung waren. Ich muss befürchten, dass viele – wohl meist unwissentlich – auf Rechtsansprüche verzichten. Und dann wünsche ich mir von den Mitgliedern, die nicht von Arbeitslosigkeit betroffen sind, mehr Unterstützung für die Belange der Bezieher von ALG I und ALG II.

Zur Person:

Werner Altmann, 59, ist seit April 1966 Mitglied der IG Metall und ehrenamtlich auch in der Sozialberatung bei der FRIGA, einer freien Beratungsstelle in Freiburg, tätig. Daneben ist er bei Radio Dreieckland-Arbeitsweltradio aktiv. In der IG Metall ist er Delegierter in der VWSt Freiburg. Außerdem vertritt er die IG Metall im Vorstand der DGB-Region Südbaden-Hochrhein und als Delegierter beim Interregionalen Gewerkschaftsrat für das Dreiländereck.

Wir müssen auf die Jungen zugehen!

Zwischenruf eines engagierten Rentners aus Mannheim

In den letzten 15 Jahren haben das Kapital und seine Lobby-Organisationen die Oberhand gewonnen. Wir haben heute einen Industrie-Feudalismus. Diese Entwicklung ist von den Regierungen bewusst oder unbewusst gefördert worden. Die Wirtschaftslobby hat es verstanden, übergroßen Einfluss auf Gesellschafts-, und Sozialpolitik zu nehmen. Wir Gewerkschafter haben bislang nicht genügend Druck entwickelt, um den Umbau der Gesellschaft in unserem Sinne zu gestalten. Zur negativen Entwicklung gehört auch, dass versucht wird, „Alt gegen Jung“ bzw. „Jung gegen Alt“ auszuspielen. Dagegen müssen wir Seniorinnen und Senioren uns gemeinsam mit den Beschäftigten und den jungen Menschen zur Wehr setzen. Wir Seniorinnen und Senioren müssen uns dazu durchringen, auf junge Kolleginnen und Kollegen zuzugehen. Es muss unser Anliegen sein, Gemeinsamkeiten mit allen Altersgruppen herzustellen. Dies beginnt in der Schule. Wir können aus unseren Erfahrungen in der Arbeit und in der Gewerkschaft berichten und so Gewerkschaften für Kinder und Jugendliche interessant machen. So können sie begreifen, dass unser aller heutiges und ihr zukünftiges Leben auf lange kämpferische Aktivitäten der Älteren in den Gewerkschaften zurückzuführen sind. Gute Ansätze dafür gibt es mit dem DGB-Projekt „Ready-Steady-Go“ (Auf die Plätze, fertig, los!) oder mit dem IGM-Projekt „Schule und Arbeitswelt“.



Siegfried Paetzold

„Hier meldet sich deine Gewerkschaft – die IG Metall“

Zwickau: Ein erfolgreiches Beispiel für Mitgliederbindung durch AGA-Mitgliederarbeit

„Wie können wir ehrenamtlichen Aktiven der AGA unsere IG Metall in Zwickau bei der Betreuung der Mitglieder unterstützen?“ Das war die Frage, die unser B-Team (Beratungs- und Betreuungsteam) im Oktober 2007 diskutierte. Wir erarbeiteten das Projekt „Hier meldet sich deine Gewerkschaft – die IG Metall“.



Gelernt, den richtigen Ton zu treffen (beim Telefonieren mit Mitgliedern)

Die Projektidee bezog sich auf langjährige Mitglieder im Alter von 65 Jahren, die weiter arbeitslos gemeldet waren, obwohl sie das Rentenalter erreicht hatten. Es handelte sich dabei um die so genannten Mitglieder mit „unlogischen Beiträgen“. Bisher wurden diese angeschrieben, über ihre Leistungen informiert und darauf hingewiesen, dass sie nun als Rentner gelten. Ihr Einkommen wurde geschätzt (IGM-Satzung § 5) und ihr Beitrag auf 0,5 Prozent ihrer Bruttorente angepasst. Viele Mitglieder reagierten verärgert. „Nun erhöht auch noch die IG Metall die Mitgliedsbeiträge“, war oft zu hören. Ausgänge waren vorprogrammiert.

Projekthalt und Ziel war die Mitgliederarbeit durch ein Telefongespräch vor dem Mitgliederbrief. Dabei standen die Aufklärung über die verschiedenen Leistungen der IG Metall und

die Statusabfrage im Mittelpunkt der Telefonate. Auf die satzungsgemäße Beitragszahlung sollte hingewiesen werden. Aber auch Informationen über die gewerkschaftliche Seniorenbetreuung und Seniorenpolitik sowie Standpunkte zur Rentenpolitik gehörten dazu. Die Unterstützung erwerbsloser Mitglieder und die Möglichkeiten der Mitgliederbeteiligung in der außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit wurden angesprochen. Auf Probleme der Mitglieder sollte sofort reagiert und Unterstützung zugesichert werden. Wir wollten erreichen, dass diese Mitglieder mehr von ihrer Gewerkschaft hören und uns erhalten bleiben.

Arbeitsschritte und Methoden, die sich bewährt haben, waren die gemeinsame Erarbeitung der Gesprächsinhalte für die Telefonate. Auch die Mitgliederbriefe (insgesamt fünf Muster für verschiedene Fälle), die verschickt wurden, entstanden so. Ein Zeitplan für fünf Monate wurde erstellt. Wie erfolgreich telefoniert wird, erprobten wir am 10. Dezember 2007 im Beisein der Projektgruppe. Unser Rentnerkollege S. aus Schneeberg meldete sich kurz danach und passte seinen Mitgliedsbeitrag an. Das hat uns stimuliert.

12 Mitglieder des B-Teams riefen 103 Seniorinnen und Senioren an. Eine Mitarbeiterin der VS Zwickau übernahm die Datenpflege und unterstützte uns. Wichtig war die Verabredung, dass nach den ersten Ergebnissen über das weitere Vorgehen beraten und entschieden wird. Geklärt wurde auch die Abrechnung der Telefongebühren mit Einzelnachweis.

Welche Ergebnisse haben wir erreicht:

„Hier meldet sich deine Gewerkschaft – die IG Metall“. Diese Begrüßung am Telefon kam gut an. Freundlich, überrascht und gesprächsbereit, reagierten die meisten. Sie bedankten sich für geleisteten Rechtsschutz und die Jubilarehrung. Auch die neue „metall-Zeitung“ war ein Thema. Großer Informationsbedarf bestand bei den Leistungen der IG Metall. Aber

auch über ihre Sorgen berichteten die Mitglieder. So klagten viele über ihre materiellen Probleme und die geringe Rente. Mancher stellte dabei seine weitere Mitgliedschaft in Frage. Unterstützung wurde gewährt bei Fragen zur Mitgliedsdauer, Überprüfungsanträge zur Rente, Ablehnung von Kuren, Ablehnung eines Schwerbehinderten -Ausweises „G“.

Die Mitglieder der Projektgruppe trafen sich vier Mal zur Auswertung und Fortschreibung des Projektes. Von den 103 erreichten Mitgliedern blieben 74 (71,84 %) weiter in der IG Metall und zahlen künftig ihren Rentnerbeitrag, 29 Mitglieder (28,16 %) erklärten ihren Austritt. Etwa ein Drittel meldete sich nach dem ersten Telefongespräch und der Übersendung der Mitgliederpost (persönliches Anschreiben, Leistungsblatt, IGM-Kalender, AGA-Flyer, Änderungsmitteilung). Für die anderen waren weitere Kontakte, telefonisch und schriftlich, notwendig. Wir brauchten etwas Geduld. Manches Mitglied war schlecht zu erreichen und manches überlegte länger.

Zusammenfassung:

Mit dem Projekt sollte ausprobiert werden, ob persönliche Mitgliederkontakte für die Mitgliederhalterarbeit sinnvoll sind, welche Methoden sich für die Ansprache eignen und welche Intensität notwendig ist. Wir können einschätzen, dass das Projekt „Hier meldet sich deine Gewerkschaft – die IG Metall“ eine Form der Mitgliederbetreuung darstellt. Es ist in gestraffter Form (denkbar sind ein Anruf und ein Mitgliederbrief) geeignet für den persönlichen Kontakt im Rahmen der Mitgliederbetreuung. Die Meinungen der Mitglieder können erfragt und das Gespräch geführt werden. Die Unterstützung der Mitglieder und die Aktualisierung der Mitgliederdaten sind schneller möglich. Es konnte eindeutig geklärt werden, dass die IG Metall keine Beiträge für Rentner erhöht. Sie muss aber auf Beitragsehrlichkeit bestehen und darauf aufmerksam machen, dass Leistungen nur bei satzungsgemäßer Zahlung gewährt werden können. Die Austrittshäufigkeit wurde verringert.

Bei Interesse an den Projektunterlagen wie z. B. Mitgliederbriefe und Telefoninhalte wende dich bitte an:
angdietberner@arcor.de



Übergabe der Unterschriften an Vertreter der Oppositionsparteien in Berlin

Berlin: Aktiv gegen Zwangsverrentung

Auf Initiative des Arbeitskreises Arbeitslosigkeit der IGM-Verwaltungsstelle Berlin haben Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Dezember 2007 bezirkswweit mit einer Unterschriftenaktion dagegen protestiert, dass Hartz-IV-Empfänger frühest möglich in Rente gehen müssten, auch wenn das mit lebenslangen Abschlägen verbunden ist.

Mit der Abschaffung des erleichterten Zugangs zum Arbeitslosengeld (58er Regelung) zum 31. Dezember 2007 drohte eine Zwangsverrentung, denn Sozialhilfe oder ALG II werden nur gezahlt, wenn es keine andere Möglichkeit gibt, den Lebensunterhalt zu sichern. Das war bei Einführung von ALG II und der letztmaligen Verlängerung der 58er Regelung kaum beachtet worden.

Die Regierung bekannte erst Farbe, als sie im Sommer 2007 auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (16/5461) antworten musste. Wir waren nicht nur selbst regelmäßig vor den Job-Centern, um die Menschen dort aufzuklären, sondern haben auch die AGA-Gruppen des Bezirkes und die KOS (Koordinierungsstelle für gewerkschaftliche Erwerbslosen Arbeit) mit einbezogen und nutzten auch die Internet-Seite der VWSt Berlin und die IG Metall-Presse. Die Unterschriften haben wir am 13. Dezember 2007 öffentlich an Bundestagsabgeordnete von den Linken, SPD und Grünen übergeben.

Zugute kam uns, dass auch viele Medien zum Thema Zwangsverrentung informierten. Im Offenen Kanal in Berlin hatten wir Gelegenheit, uns in einer längeren Sendung zu äußern. Wir denken, unsere Aktion wie auch all die entsprechenden Aktivitäten – auch in anderen Bundesländern – haben dazu beigetragen, dass der Bundestag entschieden hat, die Zwangsverrentung erst mit 63 statt mit 60 vorzunehmen.

Siegfried Schicke und Hans Holm

In Wohnbereichen fest verankert

Bautzen: IGM-Vertrauensleute sind auch Rentenberater der Rentenversicherung

In Bautzen gehört die Arbeit in Wohnbereichen bereits seit 1991 zum festen Bestandteil der gewerkschaftlichen Arbeit. Heute haben wir über 100 Wohnbereichsvertrauensleute in mehreren Stadtvierteln als Ansprechpartner und Helfer und Helferinnen für unsere Mitglieder.



Heraus aus der Anonymität: Persönliche Ansprache im Wohngebiet durch Vertrauensleute

Die Arbeit ist sehr vielseitig. In unseren Regionalbüros halten wir regelmäßig Sprechstunden ab. Um auf Fragen zu verschiedensten Rechts- und Lebenslagen angemessen antworten zu können, unterziehen sich unsere Vertrauensleute entsprechenden Schulungen. Nach Bedarf bieten wir zusätzliche Renten-Sprechstunden an. Zwei Vertrauensleute sind zu Rentenberatern bei der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland gewählt worden. Von Solidarität reden wir nicht nur, wir handeln auch solidarisch. Wir verteilen Flugblätter, malen Transparente, mischen uns ein im Kampf um den Mindestlohn. Wir sammeln Unterschriften gegen die Gesundheitsreform oder die Rente mit 67. Auch bei mehreren Aktionen der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) zur Entlohnung im Bäcker- und Fleischerhandwerk sowie im Gaststättengewerbe waren unsere Wohnbereichsvertrauensleute engagiert dabei.

Wohngebietsvertrauensleute

Cottbus: Aufklärung über soziale Ungerechtigkeit mit ungewöhnlichen Aktionen

Osterhasen wünschen frohe Weihnachten! Verkehrte Welt? So oder ähnlich mögen die Besucher des Cottbuser Weihnachtsmarktes gedacht haben, als an drei Wochenenden im Dezember 2007 als Osterhasen verkleidete Kolleginnen und Kollegen des Senioren-AK „ü18“ bunte Ostereier und Postkarten verteilten.

Schon gehört, ...

- ... dass 10 % der Bevölkerung über 66 % des Vermögens verfügen?
- ... dass 1,2 Millionen Menschen neben ihrem Arbeitseinkommen zusätzliche Sozialleistungen beziehen müssen? Also: Arm trotz Arbeit?
- ... dass nur in sechs von 27 EU-Staaten keine gesetzlichen Mindestlöhne vereinbart sind und Deutschland zu den ersten sechs gehört. So weiter? Nein STOP!



Das war die Botschaft der „Osterhasen“ und sie wurde verstanden. Der Großteil der Cottbuser begrüßte die Aktion wie schon eine Aktion 2006 unter dem Motto „Lass Dich nicht veräppeln“. Unter der Rubrik „klein und frech“ planen wir für dieses Jahr ähnliche Aktionen, um auf soziale Probleme aufmerksam zu machen. Logistisch und finanziell unterstützen uns dabei die DGB-Gewerkschaften der Region Südbrandenburg-Lausitz.

Jürgen Arnold



Osterhasen zur Weihnachtszeit schaffen erhöhte Aufmerksamkeit

Geplante Seminare des Ressorts Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit für 2009

Ehrenamtliche Mitgliederarbeit in der Region

Werner-Bock-Schule, Beverungen
 4. – 6. März 2009
 22. – 24. April 2009
 21. – 23. Oktober 2009
 18. – 20. November 2009

Multiplikatoren für die Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit (AGA) in der Region

Werner-Bock-Schule, Beverungen
 13. – 17. Juli 2009

Erwerbslose in der IG Metall

Werner-Bock-Schule, Beverungen
 19. – 22. April 2009

Erfolgreiche Arbeit in Beratungs- und Betreuungsteams (B-Teams)

Werner-Bock-Schule, Beverungen
 27. – 29. Mai 2009

Seminare für die Sozialberatung

Mitgliederberatung in sozialen Rechtsfragen – SGB II
 Bildungsstätte Bad Orb
 16. – 18. Februar 2009

Mitgliederberatung in sozialen Rechtsfragen – Seminar für Einsteiger

Bildungsstätte Berlin
 23. – 26. März 2009

Mitgliederberatung in sozialen Rechtsfragen – SGB III

Bildungsstätte Lohr
 14. – 16.09.2009,

Mitgliederberatung in sozialen Rechtsfragen – Vertiefungsseminar

Werner-Bock-Schule, Beverungen
 19. – 21. Oktober 2009

Gesprächsführung in der Praxis der Sozialberatung – Schwierige Gesprächssituationen für Sozialberater/innen

Bildungsstätte Bad Orb
 20. – 22. Juli 2009

Durchführung der Seminare vorbehaltlich der Budgetgenehmigung für das Jahr 2009. Die Sozialberaterseminare werden in Kooperation mit dem Ressort für Hauptamtlichen Aus- und Weiterbildung durchgeführt. Die Seminare findet ihr in den Bildungsprogrammen der IG Metall. Im zentralen Bildungsprogramm, dem Bildungsprogramm der Werner-Bock-Schule und im Programm Hauptamtlichen Weiterbildung. Die Seminare sind geplant zur Unterstützung von Projekten in den Verwaltungsstellen, deshalb entscheidet das Ressort mit den jeweiligen Verwaltungsstellen über die Teilnahme.

Herausgeber:

IG Metall-Vorstand

Verantwortlich:

Hans-Jürgen Urban

Redaktion:

W. Altmann, A. Berner, L. Chochola, H. Jewski, S. Paetzold, L. Pohligh, P. Schwertfeger

Rolf Nutzenberger, Thomas Krischer

Ressort Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit, Funktionsbereich Sozialpolitik

Textliche Überarbeitung:

Wolf Gunter Brüggemann

Fotos:

Wolfgang Roloff (Mannheim), Michael Schinke (Frankfurt)

Eigene Fotos

Bezirksleitungen: Berlin-Brandenburg-Sachsen, Stuttgart, Küste

Verwaltungsstellen: Augsburg, Bautzen, Berlin, Braunschweig, Bremen, Cottbus, Düsseldorf-Neuss, Hannover, Heidelberg, Zwickau

Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS)

Gestaltung:

Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt/M.

Druck:

apm AG, Darmstadt

Stand:

September 2008

